

Schweiz

«Das ist das wirtschaftliche Pendant zum Krieg»

Der Bundesrat will die Grossbanken sicherer machen. Was, wenn doch ein Konkurs droht? Professor Peter Kunz hat ein Konzept.

Interview: Arthur Rutishauser

Ein zweiter Fall UBS soll vermieden werden. Doch niemand glaubt, dass der Bund im Notfall eine Grossbank in den Konkurs schickt. Sie schlagen nun ein Untergangskonzept vor. Warum?

Tatsächlich wird in der gegenwärtigen Debatte die Frage vernachlässigt, was geschehen soll, wenn es trotz aller Bemühungen um mehr Sicherheit zum Unfall kommt. Auch der Bericht der Arbeitsgruppe «Too big to fail» schweigt sich darüber mehr oder weniger aus.

Was soll der Staat im Notfall tun?

Ich vergleiche das mit der Situation des Kampfpiloten, wenn das Flugzeug am Abstürzen ist. Der betätigt im Notfall den Schleudersitz und segelt mit dem Fallschirm zum Boden. Die Grundidee meines Konzepts der Abwicklung einer Grossbankenpleite besteht darin, dass die Bank bereits vorher in einen systemrelevanten Teil und eine Restgesellschaft virtuell aufgeteilt wird. Zum Zeitpunkt X wird dann vom Bundesrat auf den Knopf gedrückt und die Aufteilung in die Rechtswirklichkeit umgesetzt.

Wie soll das gehen?

Der systemrelevante Teil wird nationalisiert, der Rest geht in den Konkurs.

Eine Nationalisierung bedeutet aber einen massiven Staatseingriff.

Das stimmt. Aber bei dieser Problematik geht es um das Landesinteresse, nicht um ein sozialistisches Abenteuer. Die



Peter Kunz unterrichtet Wirtschaftsrecht an der Universität Bern. Foto: Universität Bern

Vorschläge beruhen auf aktuellen Rechtsinstrumenten, nämlich dem Krisenvorsorgerecht, dem Umstrukturierungs- und dem Enteignungsrecht.

Wie würde denn ein solcher Notfall umgesetzt?

Die Finanzierung des Rettungskonzepts geht vom Bund aus. Mit einer vorerst entschädigungslosen Enteignung würde der systemrelevante Teil der Grossbank nationalisiert. Das muss alles sehr rasch gehen, darum kann nicht über den Preis diskutiert werden. Entschädigt wird erst hinterher.

Welche Unternehmen sollen unter dieses Regime fallen?

Was ich nicht begreife, ist, warum die Politik nur Banken als systemrelevant bezeichnet. Spätestens seit AIG weiss man, dass auch Versicherungen schwer oder überhaupt nicht liquidiert werden können.

Ist Ihr Konzept nicht eine Einladung an die Manager, Risiken einzugehen, wenn sie genau wissen, dass im

Notfall ihr Institut gerettet wird?

Meines Erachtens brauchte es ein Geheimregister, in dem festgehalten werden sollte, welche Unternehmen als systemrelevant gelten, damit genau dies nicht geschehen kann. Etwas Ähnliches gibt es bereits, nämlich das Kriegsregister für wichtige Unternehmungen.

Sie vergleichen eine Bankenkrise mit einem Krieg?

Da bin ich nicht der Einzige. Der damalige US-Finanzminister sagte 2008 auf dem Höhepunkt der Krise: «Das ist das wirtschaftliche Pendant zum Krieg.»

Wäre es nicht besser - statt mit einem komplizierten Konstrukt den Notfall zu planen -, die Banken zu zwingen, sich als Holding mit systemrelevanten und nicht systemrelevanten Teilen zu organisieren?

Nein, denn innerhalb einer Holdinggesellschaft gibt es immer Kredite oder Garantien zwischen den einzelnen Gesellschaften. Somit fällt im Notfall doch alles zusammen. Das populäre Holdingkonzept funktioniert nicht.

Kommentar Patrick Feuz

CVP und FDP in der Pflicht

Die Bürgerlichen haben recht: Am Schluss wird die SP den Staatsvertrag mit den USA über die Herausgabe von Bankkundendaten wohl retten - selbst dann, wenn sie keine Garantien für eine stärkere Regulierung der Grossbanken in der Tasche hat. Denn die SP kann es sich nicht leisten, amerikanische Steuerbetrüger zu decken. Und sie will nicht ernsthaft neuen Streit mit den USA provozieren.

Die SP muss klein begeben, weil sie nicht wie die SVP ist. Diese treibt ein verantwortungsloses Spiel: Um sich als Bankgeheimnis-Wächterin zu profilieren, sagt sie hart Nein zum Staatsvertrag und nimmt so notfalls Schaden für unser Land in Kauf.

Vielleicht erhält die SP im Juni - dann kommt der Staatsvertrag in die Räte - als Pfand nicht einmal eine Absichtserklärung, dass die Parlamentsmehrheit gegen das Grossbanken-Risiko und gegen astronomische Boni vorgehen will. CVP und FDP wollen der Linken jetzt offensichtlich den Meister zeigen. Ihre Botschaft lautet: Wir lassen uns nicht erpressen und bestimmen das Tempo entsprechender Gesetzesänderungen selber.

Für die Psychohygiene der Mitteparteien ist dieses Aufplustern wichtig. Danach braucht es aber in der Sache rasch Zugeständnisse an die SP. Denn die Frage, welche Lehren die Schweiz aus der Finanzkrise zieht, ist viel zu bedeutend, um auf der Ebene von Parteienspielchen stecken zu bleiben.

Die Schweiz darf nie mehr in die Situation geraten, dass sie mit Steuer-

geld eine Grossbank retten muss. Um Hochrisikogeschäfte zu verunmöglichen und den Drang nach Grösse zu begrenzen, braucht es Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften, die wehtun. Gewinn, Dividenden und Boni werden dadurch spürbar sinken. Und die UBS sowie die CS werden über angebliche Konkurrenz Nachteile klagen.

CVP und FDP stehen aber in der Pflicht, sich davon nicht beeindrucken zu lassen. Denn die Schweizer Grossbanken machen einen derart grossen Teil unserer Volkswirtschaft aus, dass die hiesigen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften künftig über den globalen Minimalstandards liegen müssen.

Auch zu einer Boni-Regelung werden die Mitteparteien Hand bieten müssen. Zwar wird es knifflig sein, eine sinnvolle und wirksame Lösung zu finden. Doch ohne vertrauensbildenden Eingriff geht es nicht. Sonst vergiftet der Zorn über die Abzocker das politische Klima in diesem Land noch lange.

Die Frage, welche Lehren die Schweiz aus der Finanzkrise zieht, ist viel zu bedeutend, um auf der Ebene von Parteienspielchen stecken zu bleiben.

Anzeige

Qualität zu Discountpreisen!

Kaiser Premium Bier

Dosen, 24 x 50 cl

17.95
21% sparen
statt 22.80

Denner Lagerbier

Flaschen, 10 x 50 cl

5.95

Feldschlösschen Original

Dose, 50 cl

1.50

Gralsburg Export-Bier

Dose, 50 cl

1.60

Heineken Premium Bier

Dose, 33 cl

1.35

Freitag + Samstag, 14. + 15. Mai 2010

20%

auf alle Biere

auch auf bestehende Aktionspreise*

*nicht mit anderen Gutscheinen und Bons kumulierbar. Solange Vorrat.

Der Schweizer Discounter